



## PRESSEMITTEILUNG

---

Berlin, 26. März 2018

Hartmannbund-Umfrage offenbart Skepsis

### **Reinhardt sieht vor DÄT- Entscheidung über Lockerung des Fernbehandlungsverbotes noch Aufklärungsbedarf**

Als einen „deutlichen Fingerzeig“ hat der Vorsitzende des Hartmannbundes, Dr. Klaus Reinhardt, das Ergebnis einer aktuellen Umfrage des Hartmannbundes zum Thema Fernbehandlungsverbot gewertet. Rund 60 Prozent der über 3.800 Umfrageteilnehmer hatten sich skeptisch gegenüber Plänen der Bundesärztekammer geäußert, auf dem Deutschen Ärztetag in Erfurt das Fernbehandlungsverbot weiter zu lockern.

„Das Ergebnis zeigt – vor allem auch mit Blick auf zahlreiche Kommentierungen der Teilnehmer – dass es nicht nur zum Thema Digitalisierung im Allgemeinen, sondern offenbar ganz konkret auch zur Online-Behandlung noch ein hohes Maß an Diskussions- und Aufklärungsbedarf gibt“, sagte Reinhardt. Gerade diejenigen, die vor allem auch an die Chancen der Digitalisierung glauben und an die Unvermeidlichkeit, sich dieser Entwicklung aktiv zu stellen, müssten alle Anstrengungen unternehmen, sich mit berechtigten Einwänden und Bedenken der Kolleginnen und Kollegen auseinanderzusetzen. Dies dürfe angesichts der Dynamik der Entwicklung allerdings nicht auf die lange Bank geschoben werden, wollten Ärztinnen und Ärzte Mitgestalter sein und nicht Getriebene. „Die Politik sitzt uns im Nacken“, sagte Reinhardt – nicht zuletzt mit Hinweis auf entsprechende Ankündigungen von Gesundheitsminister Jens Spahn.

Reinhardt: „Wir werden deshalb diese Ergebnisse mitnehmen in unsere Verbandsgremien, aber auch in den Vorstand der

HB-Pressestelle  
Michael Rauscher (Leiter)  
Andrea Reich (Sekretariat)

Tel.: 030 206208-11  
Fax: 030 206208-14  
E-Mail: [presse@hartmannbund.de](mailto:presse@hartmannbund.de)

Hauptgeschäftsführung  
Kurfürstenstraße 132  
10785 Berlin

Internet: [www.hartmannbund.de](http://www.hartmannbund.de)

Gläubiger-ID  
DE48 1000 0000 3900 15  
Deutsche Apotheker-  
und Ärztebank eG Düsseldorf  
IBAN DE10 3006 0601 1201 0850 18  
BIC DAAEDEDXXX  
Ust.-Nr.: 27/620/56879

Bundesärztekammer. Wir müssen die Zeit bis zum Deutschen Ärztetag intensiv nutzen, um die Kolleginnen und Kollegen so umfangreich und detailliert zu informieren, dass sie in Erfurt eine in jeder Hinsicht fundierte Entscheidung treffen können.“ Es dürfe der Ärzteschaft auf keinen Fall noch einmal so ergehen wie bei der Entscheidung über den Physician Assistant, „Hier gab es auf dem Ärztetag in Freiburg eine breite Mehrheit, die inhaltliche Diskussion über das Thema wurde aber erst im Nachgang richtig geführt. Daraus sollten wir lernen.“